



Beschluss

der 35. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam vom 25.01.2023

öffentlich

**Top 7.4 Mental Health Care für Kinder und Jugendliche stärken
22/SVV/0567**

geändert beschlossen

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, welche Möglichkeiten für die Kommune bestehen den schulsozial- und psychologischen Dienst zu erweitern. Hierbei sollen insbesondere die Bedarfe von minderjährigen Flüchtlingen berücksichtigt werden. Dem Jugendhilfeausschuss ist unmittelbar nach dem Workshop vom Geschäftsbereich 2 und 3 „psychische Gesundheit Kinder und Jugendliche“ inklusive der finanziellen Auswirkungen zu berichten.

Gemäß § 22 Brandenburgische Kommunalverfassung (BbgKVerf) waren keine Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.
Die Übereinstimmung des Beschlusses mit dem Wortlaut im Protokoll wird amtlich beglaubigt.

Dem Originalbeschluss werden beigefügt:

Anlage 1: Beschluss

Potsdam, den 31. Juli 2023

Ziegenbein
Leiterin des Büros

Stempel